

II-2922 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1431/J

1981 -10- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten GRABHER-MEYER, PROBST  
an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend Eingliederung psychisch Kranker und Abhängigkeits-  
kranker

Unter Bezugnahme darauf, daß in der von der Bundesregierung verabschiedeten Proklamation zum "Internationalen Jahr der Behinderten" (1981) der Aus- und Aufbau von Einrichtungen zur Eingliederung psychisch Kranker und Abhängigkeitskranker als ein eigener und besonders vordringlicher Schwerpunkt bezeichnet wurde, erkundigten sich die unterzeichneten Abgeordneten im Frühjahr d.J. in einer schriftlichen Anfrage an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz (Nr.1019/J) näher nach den zur Verwirklichung dieser Zielsetzung nun tatsächlich beabsichtigten Maßnahmen.

Die gegenständliche Anfragebeantwortung (Nr.1016/AB) geht zunächst von der hier bestehenden kompetenzrechtlichen Situation aus, deren weitgehende Zersplitterung ausdrücklich bedauert wird. Besondere Betonung erfährt dabei die Tatsache, daß auf Bundesebene "dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in keinem Falle eine federführende Zuständigkeit zukommt". Das, worauf in den weiteren Ausführungen - im Sinne eines ungeachtet der unbefriedigenden Kompetenzlage vom Gesundheitsressort geleisteten Beitrags - verwiesen wird, erschöpft sich in Hinweisen auf zwei beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bestehende Beiräte, auf drei in

- 2 -

den letzten Jahren vergebene Forschungsaufträge, auf die Subventionierung einschlägiger Institutionen sowie auf die beim Gesundheitsressort eingerichtete Koordinationsstelle für Suchtgiftfragen. Ohne gewisse Bemühungen verkennen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß aus der zitierten Anfragebeantwortung eine echte Schwerpunktbildung im Sinne der oben erwähnten Proklamation der Bundesregierung jedenfalls nicht erkennbar wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

#### A n f r a g e :

1. Teilen Sie die Auffassung der Fragesteller, daß eine wesentliche Verbesserung der kompetenzrechtlichen Stellung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz auf Bundesebene für die tatsächliche Einlösung der in der bewußten Proklamation der Bundesregierung enthaltenen Ankündigung eine Grundvoraussetzung ist?
2. Wenn ja: Welche Bemühungen sind von Ihrer Seite beabsichtigt, um die Schaffung dieser wichtigen Voraussetzung zu erreichen?